

Agra-Europe 36-2013

Industrielle Landwirtschaft ist kein Schimpfwort

Designierter SPD-Arbeitsminister Wiese h ü g e l gegen Schwarz-Weiß-Malerei in der Agrarstrukturdiskussion - Nicht Betriebsgröße ist relevant, sondern Umgang mit Beschäftigten - Politik muss Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen schaffen

BERLIN. Gegen Schwarz-Weiß-Malerei und unzulässige Pauschalisierungen in der Agrarstrukturdiskussion hat sich der scheidende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU), Klaus W i e s e h ü g e l , ausgesprochen. „Für mich ist industrielle Landwirtschaft nicht automatisch ein Schimpfwort“, so Wiese h ü g e l gegenüber dem Presse- und Informationsdienst AGRA-EUROPE. Entscheidend sei nicht die Größe eines Betriebes, sondern der Umgang mit seinen Beschäftigten. Beispielsweise spiele es für den Tierschutz keine Rolle, „ob ein Betrieb 30, 300 oder 3 000 Schweine hält“. Vielmehr komme es darauf an, dass eine vernünftige Betreuung der Tiere durch qualifizierte Arbeitskräfte und artgerechte Rahmenbedingungen gewährleistet seien. Wichtig sei dabei ein angemessenes Größenverhältnis von Beschäftigten und Tierbestand. Nach Auffassung von Wiese h ü g e l , der im Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer S t e i n b r ü c k für die Bereiche Arbeit und Soziales zuständig ist und im Falle eines Regierungswechsels Bundesarbeitsminister werden soll, kann in Beständen mit vielen Tieren bei entsprechender Betreuung durch qualifizierte Arbeitskräfte ein höheres Maß an Tierwohl erreicht werden als in kleinen Ställen.

Neues Leitbild

Für Wiese h ü g e l ist Landwirtschaft „in erster Linie Arbeit und Beschäftigung“. Daran müsse sich die Agrarpolitik künftig orientieren „und nicht überkommenen Leitbildern nachrennen“. Das alleinige Leitbild einer familiengeführten bäuerlichen Landwirtschaft hält der langjährige Gewerkschafter für überholt. Man müsse endlich zur Kenntnis nehmen, „dass die Entwicklung in Richtung einer großstrukturierten Landwirtschaft mit einem immer weiter wachsenden Anteil von Lohnarbeitskräften geht“. Aufgabe der Politik müsse es sein, die Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu zählen laut Wiese h ü g e l ein gesetzlicher Mindestlohn ebenso wie entsprechende Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, vernünftige Personalentwicklung sowie Gesundheitsprävention.

Kein Problem mit Investoren

Kein Problem hat der designierte SPD-Arbeitsminister mit dem Einstieg von Investoren in landwirtschaftliche Unternehmen. Allerdings müsse gewährleistet sein, dass die Kriterien für gute Arbeit eingehalten werden. Zudem müsse man dafür sorgen, „dass die Regionen von den Unternehmen profitieren und die Wertschöpfung vor Ort bleibt“. Wie das erreicht werden kann, müsse eingehend geprüft werden. Wirtschaftlich starke landwirtschaftliche Unternehmen sind laut Wiese h ü g e l eine wichtige Voraussetzung für prosperierende ländliche Räume. Die wiederum brauchten eine funktionierende Infrastruktur. Dazu zähle beispielsweise auch ein leistungsfähiges Straßennetz. Wiese h ü g e l hält nichts von Gießkannenförderung, wie sie die aktuellen Direktzahlungen darstellten. Direktzahlungen seien nur dann gerechtfertigt, „wenn sie beispielsweise zur Sicherung von Beschäftigung beitragen und sozial-ökologische Bedingungen regeln“.

Entlohnung entscheidend

Landwirtschaftliche Arbeit stellt laut Wiese h ü g e l hohe Ansprüche an die Beschäftigten. Das müsse sich auch in der Bezahlung niederschlagen und erhöhe damit zugleich die Attraktivität für junge Arbeitskräfte. „Ohne eine angemessene Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen werden die landwirtschaftlichen Unternehmen ihren Arbeitskräftebedarf nicht decken können“, ist sich der IG BAU-Vorsitzende sicher. Nicht mehr zeitgemäß ist für ihn die Ausweisung von Familienarbeitskräften. Notwendig sei stattdessen wie in allen anderen Branchen auch eine Unterteilung in Arbeitgeber auf der einen und sozialversicherungspflichtig beschäftigte

Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Sinnvoll sei das nicht zuletzt zum Schutz von Frauen und deren Alterssicherung. Keine gesicherten Erkenntnisse gebe es nach wie vor darüber, wie viele Frauen und Männer in welchen Arbeitsverhältnissen in welchen landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt seien. Ohne diese Kenntnisse könne man beispielsweise kaum gezielte Maßnahmen zur Prävention anbieten. Hier bedürfe es dringend einer Klärung. AgE

WIKIPEDIA

Klaus Wiesehügel

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)



Klaus Wiesehügel

Klaus Wiesehügel (* [1. Mai 1953](#) in [Mülheim an der Ruhr](#)) ist Bundesvorsitzender der [IG Bauen-Agrar-Umwelt](#) (IG BAU) seit 7. November 1995. Zuletzt wurde er 2009 wiedergewählt.

Leben

Wiesehügel wurde als Sohn eines Betonbauers geboren. Bis 1958 lebte er auf dem Bauernhof seines Großvaters. Nach dem Abschluss der [Fachoberschule](#) (FOS) erlernte er von 1969 bis 1972 den Beruf des [Betonbauer](#). Anschließend arbeitete er bis 1974 beim Baukonzern [Hochtief](#). 1974 wurde er Nachwuchssekretär der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (IG BSE). 1975 besuchte er für ein Jahr die [Sozialakademie Dortmund](#) (SAD). 1978 bis 1983 war er Sekretär der gewerkschaftlichen Bezirksverbände Mülheim/Oberhausen und Krefeld.^[1]

1995 wurde Wiesehügel zum Bundesvorsitzenden der IG BAU gewählt, in der Nachfolge von [Bruno Köbele](#). Seither steht er an der Spitze der viertgrößten Einzelgewerkschaft im [DGB](#). 2002 hat Wiesehügel einen [Arbeitskampf](#) erfolgreich beendet – den ersten Bauarbeiterstreik seit dem [Zweiten Weltkrieg](#) überhaupt.^[2] 2005 wurde Wiesehügel mit 94,1 Prozent der Stimmen bestätigt – sein bis dato bestes Ergebnis.^[3]

Während seiner Amtszeit als IG BAU-Bundesvorsitzender sank die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe von 1,3 Mio. im Jahr 1996 auf 740 Tsd. im Jahr 2011 (minus 43 Prozent). Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ging von 692.466 (1996) auf 297.763 (2012) zurück (minus 56 Prozent).^{[4][5]} Unter Wiesehügels Verantwortung sank die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder deutlich stärker als die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft.

In der Auseinandersetzung um die Übernahme der Aktienmehrheit des deutschen Baukonzerns [Hochtief](#) durch den spanischen Baukonzern [Actividades de Construcción y Servicios](#) im Jahr 2010 vereinbarte die IG BAU unter der Führung Wiesehügels, der auch Mitglied des Hochtief-Aufsichtsrats war, mit der ACS, dass Hochtief auch nach der Übernahme eine eigenständige Gesellschaft nach deutschem Aktienrecht bleiben werde, dass die deutschen Tarifverträge und

die Betriebsvereinbarungen respektiert würden und dass die ACS als Mehrheitsaktionär gegenüber dem für das operative Geschäft allein verantwortlichen Vorstand nicht auf betriebsbedingte Kündigungen drängen werde.^[6] Dafür wurde Wiesehügel von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitzer und dem Betriebsrat der Hochtief AG heftig kritisiert, der Wiesehügel vorwarf, durch die Vereinbarung mit ACS die Übernahme erst ermöglicht zu haben und somit die Interessen der Hochtief-Arbeiter verraten zu haben.^[7] Die Belegschaftsvertreter und der damalige Hochtief-Vorstandsvorsitzende Herbert Lütkestratkötter bezeichneten den von Wiesehügel unterstützten Vorgang als "feindliche Übernahme" von Hochtief. Das Ziel von ACS sei das Ausschichten des deutschen Baukonzerns. Inzwischen hätten sich die Befürchtungen der Beschäftigten und des Betriebsrats bestätigt und das Ausschichten von Hochtief habe begonnen, berichtet die KONTEXT:wochenzeitung/taz. Während der Vorstands- und der Betriebsratsvorsitzende inzwischen ihre Posten verloren hätten, sei Wiesehügel als Aufsichtsrat weiterhin im Amt.^[8]

Wiesehügel ist der erste Präsident der [Bau- und Holzarbeiter Internationale](#) (BHI), die im Dezember 2005 aus einer Fusion des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter (IBBH) und des Weltverbandes der Bau- und Holzarbeiterorganisationen (WVBH) entstand. Auf dem 2. BHI-Kongress 2009 wurde er in diesem Amt bestätigt. Der BHI repräsentiert ca. 12 Millionen Gewerkschaftsmitglieder aus 130 Ländern.

In der 14. Wahlperiode (1998 bis 2002) war Wiesehügel Abgeordneter der [SPD](#) im [Deutschen Bundestag](#) und gehörte in dieser Zeit zu den schärfsten internen Kritikern des damaligen Bundeskanzlers [Gerhard Schröder](#). Er gilt als einer der Hauptinitiatoren eines SPD-internen Gegenpapiers zum so genannten [Schröder-Blair-Papier](#), dem Vorgänger der [Agenda 2010](#). Die „Rente mit 67“ bekämpfte die IG BAU unter Wiesehügels Führung am heftigsten von allen DGB-Gewerkschaften. Als Mitglied der sogenannten [Rürup-Kommission](#) während der 15. Wahlperiode gab er gemeinsam mit anderen gewerkschaftlich orientierten Kommissionsmitgliedern ein Minderheitenvotum ab.

Im Mai 2013 trat Wiesehügel als erstes Mitglied in das "Kompetenzteam"^[9] des SPD-Kanzlerkandidaten und Gerhard-Schröder-Gefolgsmanns Peer Steinbrück ein, obwohl Steinbrück die von Wiesehügel zuvor abgelehnte Agenda-2010-Politik wie die Rente mit 67 Jahren weiterhin gutheißt und verteidigt.^[10] Wiesehügel übernahm bei Steinbrück die Bereiche Arbeit und Soziales.^[11] Wiesehügel ist inzwischen von seiner grundsätzlichen Gegnerschaft zur Rente mit 67 abgerückt und mit der Rente mit 67 einverstanden, wenn - wie es die SPD beschlossen hat - mehr Menschen in diesem Alter berufstätig sind.^[12]

Wiesehügel kündigte erst einigen Tage später an, er werde beim nächsten Gewerkschaftstag der IG Bauen-Agrar-Umwelt eine Woche vor der Bundestagswahl im September 2013 nicht mehr kandidieren.^[13] Daraufhin zogen haupt- wie ehrenamtliche Funktionäre der IG BAU eine negative Bilanz der Ära Wiesehügel und beklagten den Niedergang der IG BAU unter Wiesehügels Führung. Die IG Bau habe keine attraktiven Kampagnen für ihre Kernbranchen mehr, alle guten Ansätze seien in internem Kompetenzgerangel zerrieben worden. Seit Jahren würden die Mitgliederzahlen der IG BAU schrumpfen. Eine ernsthafte Gegenstrategie sei unter Wiesehügel nicht zu erkennen gewesen. Im Gegensatz zu der von Wiesehügel geführten IG BAU hätte die IG Metall Erfolg. Die Gewerkschaftsmitglieder kritisierten auch Wiesehügels Führungsstil, der zu "unzusammenhängender Arbeit" führen und in "sinnlosen Werbemaßnahmen" bestehen würde, berichten Süddeutsche Zeitung und Welt.^{[14] [15]}

Klaus Wiesehügel ist Mitglied im [Verwaltungsrat](#) der [Landwirtschaftlichen Rentenbank](#).

Einzelnachweise

1. ↑ Munzinger Online: [Klaus Wiesehügel](#)

2. ↑ [Klaus Wiesehügel im Porträt Arbeitskämpfer wider Willen](#), F.A.Z. vom 7. Juni 2007
3. ↑ [Klaus Wiesehügel im Porträt Arbeitskämpfer wider Willen](#), F.A.Z. vom 7. Juni 2007
4. ↑ [DGB-Mitgliederzahlen 1994-1999, Mitgliederzahlen IG BAU 1996](#), www.dgb.de
5. ↑ [DGB-Mitgliederzahlen 1994-1999, Mitgliederzahlen IG BAU 2012](#), www.dgb.de
6. ↑ [Pressemitteilung der IG BAU und Vereinbarungstext als pdf-datei](#)
7. ↑ [Nach Deal mit ACS: Hochtief-Betriebsrat fordert Rücktritt von Gewerkschaftern](#), Spiegel online 29. Dezember 2010
8. ↑ [Baukonzerne am Abgrund](#), KONTEXT:Wochenzeitung/taz 14. August 2013
9. ↑ [\[1\]](#), SPD
10. ↑ http://www.focus.de/politik/schlagzeilen/nid_114428.html
11. ↑ [Steinbrück holt Gewerkschaftsboss ins Schattenkabinett](#), Spiegel online 10. Mai 2013
12. ↑ [\[2\]](#), Rheinische Post 27. Mai 2013
13. ↑ http://www.igbau.de/Zwei_IG_BAU-Bundesvorstaende_erklaeren_Verzicht_auf_weitere_Amtsperiode.html, www.igbau.de
14. ↑ [\[3\]](#), Süddeutsche Zeitung 30. Juli 2013
15. ↑ [\[4\]](#), Die Welt 30. Juli 2013

Süddeutsche Zeitung

30. Juli 2013 07:27

IG-Bau-Chef Wiesehügel Brachialkritik zum Abschied



[Bild vergrößern](#)

In der Kritik: IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel.

(Foto: dpa)

Im Herbst will Klaus Wiesehügel Arbeitsminister werden: Die SPD wollte ein Signal an die Arbeitnehmer setzen, als sie ihn in Steinbrücks Schattenkabinett berief. Doch nun rechnen zahlreiche Gewerkschafter massiv mit ihrem scheidenden IG-Bau-Chef ab.

Von Detlef Esslinger

Der Chef der IG Bau, Klaus Wiesehügel, wurde ins Schattenkabinett von Peer Steinbrück aus einem besonderen Grund berufen. Nach dem Streit um Agenda 2010 und Rente mit 67 wollte die SPD ein Signal an die Gewerkschafter unter der Wählerschaft setzen: Seht her, Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben sich versöhnt; wir wollen jetzt sogar einen von euch zum Arbeitsminister machen.

Die Gefechte, die aber gerade innerhalb der IG Bau geführt werden, legen nun die Frage nahe: Wie viele Gewerkschafter eigentlich hielten einen Minister Wiesehügel für eine überzeugende Idee?

Anfangs ging es in der Organisation, deren volle Bezeichnung "Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt" lautet, nur darum, wer beim Gewerkschaftstag im September - knapp zwei Wochen vor der Wahl - zum Nachfolger von Wiesehügel gewählt werden soll. Der scheidende Chef ist seit 1996 im Amt, setzt aber nun darauf, von der SPD nach der Wahl als Arbeitsminister durchgesetzt zu werden; in welcher Koalition auch immer.

Er wollte, dass Dietmar Schäfers ihm nachfolgt, Vize und zugleich enger Freund. Im Gewerkschaftsbeirat Mitte Juni setzte sich jedoch der andere Vize, Robert Feiger, mit 33 zu 27 Stimmen durch. Auch über die weiteren Vorstandsposten gab es Kampfabstimmungen; sie endeten damit, dass in einer Organisation mit einem Frauenanteil von 30 Prozent ausschließlich Männer nominiert wurden.

Auf SZ-Anfrage erklärte Wiesehügel anschließend, dies sei "schwer auszuhalten". Er werde sich dafür einsetzen, dass doch noch eine Frau in den Vorstand kommt. Damit löste er eine Debatte aus, in der es um weit mehr als nur um die Besetzung von Vorstandsposten geht - sondern insgesamt darum, in welchem Zustand Wiesehügel die Organisation hinterlässt.

"Leider ist ein offenes Wort nicht immer gefragt"

Die IG Bau ist bereits als solche Ausdruck der großen Krise, in die viele Gewerkschaften Mitte der Neunzigerjahre stürzten. Wegen starker Rückgänge bei den Mitgliedern fusionierten 1996 die IG Bau-Steine-Erden und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Damals hatte die IG Bau 720.000 Mitglieder, Ende vergangenen Jahres nicht einmal mehr halb so viele.

Am Donnerstag verschickte eine Gruppe, die anonym bleiben will und nach eigenen Angaben aus "ehren- und hauptamtlichen Funktionären" besteht, einen "Brandbrief" an die "lieben Kolleginnen und Kollegen", in dem sie schreibt: "Unsere Organisation sieht sich in ihrer Existenz bedroht." Nun kann man sich natürlich fragen, was davon zu halten ist, dass anonym zur Diskussion aufgerufen wird. Entweder sind in der IG Bau Hasenfüße beschäftigt, oder es ist dort so, wie die Verfasser es ausdrücken: "Leider ist ein offenes Wort nicht immer gefragt."

Den Eindruck bestätigen andere Mails aus den vergangenen Tagen, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegen. Da schrieb eine Frau, die über sich nur verriet, Mitglied des Bundesfrauenvorstands zu sein, am 11. Juli an die anderen Mitglieder des Gremiums: Es gebe "massive Versuche", sie auf eine Kandidatin festzulegen - nämlich auf Ulrike Laux-Harnack, eine Mitarbeiterin von Wiesehügel, die der scheidende Chef nun als Vertreterin der Frauen in den Vorstand hieven will; entgegen anderer Präferenzen unter den Frauen.

Von "unerträglichem Druck" in der Frage ist auch die Rede in einer Mail von Iris Santoro, Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gebäudereiniger, an das scheidende Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini. "Ich hatte mich sehr gefreut, zum Gewerkschaftstag fahren zu dürfen, weil ich mir eingebeildet habe, Mitglied einer demokratischen Organisation zu sein", schrieb Santoro. "Inzwischen drängt sich mir ein ganz anderer Eindruck auf."

"Eine ernsthafte Gegenstrategie können wir nicht erkennen"

Santoro ist aber jetzt nicht mehr die Einzige, die ihr Unbehagen unter Nennung ihres Namens artikuliert. Am Donnerstag schickten 14 Sekretäre der Gewerkschaft - aus mehreren Regionen, Branchen und Generationen - einen Brief an Vorstände und Kandidaten, an acht Empfänger; zwei Vorstände nahmen sie ausdrücklich nicht in ihren Verteiler: Feltrini und Wiesehügel.

Der zweieinhalbseitige Brief ist eine Brachialkritik an den beiden. Die IG Bau habe keine attraktiven Kampagnen für die Kernbranchen mehr, alle guten Ansätze seien in internem Kompetenzgerangel zerrieben worden. "Seit Jahren schrumpfen die Mitgliederzahlen. Eine ernsthafte Gegenstrategie können wir nicht erkennen."

Die IG Metall hingegen zeige, so die Autoren, wie man bei dem Thema Erfolg haben können; bei der IG Bau aber werde weiterhin "Flickwerk" zugelassen. Immer weniger Gewerkschaftssekretäre müssten immer mehr Arbeit leisten. "Der empfundene und erzeugte Druck führt zu unzusammenhängender Arbeit, sinnlosen Werbemaßnahmen und letztlich zu Zweifeln an unserer Tätigkeit."

Die Verfasser beschreiben das unter anderem am Beispiel der Gebäudereinigung, eine der Branchen, für die die IG Bau Tarifpolitik macht. Dort "haben wir seit dem Streik von 2009 kaum noch einen Impuls gesetzt. Wir treffen schon seit Jahren den Nerv der Reinigungskräfte nicht mehr. Die letzten Tarifrunden haben bewiesen, dass wir kein Teil der Bewegung mehr sind, der sich die Beschäftigten aus unseren Hauptbranchen noch anschließen wollen."

Im Vorstand bisher zuständig für die Gebäudereiniger: Bärbel Feltrini. Sie will übrigens ebenfalls Ministerin werden - in einem etwaigen rot-grünen Kabinett in Hessen. SPD-Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel hat ihr das Arbeitsministerium in Aussicht gestellt. Der Brief endet mit der Aufforderung an die Adressaten, den 14 Absendern bis Ende August mitzuteilen, was sie gegen die Missstände zu tun gedenken.

Wiesehügel und Feltrini wollten sich am Montag nicht zu der Debatte äußern. Nach einer Vorstandssitzung ließen sie auf SZ-Anfrage nur ausrichten, der Brief der 14 "spricht genau die Themen an, die der Bundesvorstand bereits 2012 bei einer Beschäftigtentagung auf die Agenda gesetzt" habe. Das dort Beschlossene werde nun Schritt für Schritt umgesetzt - "was einigen jungen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber offenbar nicht schnell genug erscheint".

Was die Vorstandswahlen betrifft, gibt es nun zumindest in einem Punkt Klarheit: Dietmar Schäfers hatte nach seiner Niederlage im Beirat erwogen, trotzdem im September gegen Robert Feiger anzutreten. Am Montag erklärte er, es bei einer erneuten Kandidatur zum Vize zu belassen.

DIE WELT

30.07.13

Gewerkschaften

Kritik am Steinbrück-Wahlkämpfer Wiesehügel

Klaus Wiesehügel von der IG Bau ist eine Stütze im Steinbrück-Team, zuständig für die SPD-Kernkompetenzen Arbeit und Soziales. Aber in seiner eigenen Gewerkschaft soll es unsozial zugehen.



Foto: dpa Klaus Wiese ist nicht nur Gewerkschaftschef. Er kämpft im Wahlkampfteam von SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück auch für die Themen Arbeit und Soziales [Bild teilen](#)
Bild teilen

Weiterführende Links

- [Linke Parteien: Ordnungsfetischisten und die Allmacht des Staates](#)
- [SPD: In der SPD richtet man sich auf Opposition ein](#)
- [Wahlkampf: Steinbrück hat seine bunte "Troika" ernannt](#)

Themen

- [Peer Steinbrück](#)
- [Klaus Wiese](#)

In der IG Bau wird heftige Kritik am scheidenden Vorsitzenden Klaus Wiese geübt. In mehreren Emails beklagten Mitglieder der Gewerkschaft unter anderem die Personalpolitik der Gewerkschaftsführung, berichtet die "Süddeutsche Zeitung", der die Emails vorliegen. Wiese ist im Wahlkampfteam von SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück für die Themen Arbeit und Soziales zuständig.

Iris Santoro, Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gebäudereiniger, schreibt von "unerträglichem Druck" in der Frage der Besetzung von Vorstandsposten. "Ich hatte mich sehr gefreut, zum Gewerkschaftstag fahren zu dürfen, weil ich mir eingebildet habe, Mitglied einer demokratischen Organisation zu sein", wird Santoro zitiert. Inzwischen dränge sich ihr ein ganz anderer Eindruck auf.

Eine weitere Frau, die angibt, Mitglied des Bundesfrauenvorstandes zu sein, berichtet demnach über "massiven Versuche", sie auf eine Kandidatin für das Amt der Frauen-Vertreterin im

Vorstand der IG Bau festzulegen. Dabei solle es um Ulrike Laux-Harnack gehen, eine Mitarbeiterin Wiesehügels, die der scheidende Chef in den Vorstand bringen wolle.

Es fehlt an Kampagnen

In einem Brief üben außerdem 14 Sekretäre der Gewerkschaft "Brachialkritik" an Wiesehügel und dem ebenfalls scheidenden Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini. Die IG Bau habe keine attraktiven Kampagnen für die Kernbranchen mehr, heißt es in einem Schreiben.

Seit Jahren schrumpften die Mitgliederzahlen. "Eine ernsthafte Gegenstrategie können wir nicht erkennen." Der Brief endet demnach mit der Aufforderung an den Vorstand, bis Ende August mitzuteilen, was sie gegen die Missstände tun wollen. Wiesehügel und Feltrini wollten sich zu der Debatte nicht äußern.

AFP/ecb

DIE WELT

24.06.13

"Günther Jauch"

Blasser Wiesehügel patzt beim Thema Fleischbranche

Die ARD macht der SPD die Arbeit: Nach Amazon decken ARD-Reporter diesmal in der Fleischbranche skandalöse Arbeitsbedingungen auf. Doch Steinbrücks Wunsch-Arbeitsminister greift bei Jauch nicht an. Von Ralf Dargent



Foto: dpa Klaus Wiesehügel (SPD), Bundesvorsitzender der IG Bau-Agrar-Umwelt und in Steinbrücks Kompetenzteam für das Thema Arbeit verantwortlich, machte einen peinlichen Fehler bei Jauchs Talkshow zum Thema "Lohnsklaven und Menschenschinder – verkommen wir zum Billiglohnland?" [Bild teilen](#)
Bild teilen

Weiterführende Links

- [Fleischindustrie: Belgien wirft Deutschland Sozialdumping vor](#)
- [Werkverträge: Neue Rechte für Betriebsräte verärgern Arbeitgeber](#)
- [Arbeitsagentur-Chef: "Zeitarbeit ist sinnvoll – und auch nicht ungerecht"](#)
- ["Günther Jauch": "Mindestlohn steht im nächsten Koalitionsvertrag"](#)

Themen

- [Günther Jauch](#)
- [Talkshows](#)
- [Klaus WieseHügel](#)

Kurz vor Ende eines Bauprojekts wird auf dem Bau noch mal richtig in die Hände gespuckt. Der gelernte Betonbauer und Bau-Gewerkschaftsboss Klaus WieseHügel kennt das aus eigener Erfahrung. Doch als Schatten-Arbeitsminister von [Peer Steinbrück](#) scheint diese Notwendigkeit des Kraftakts bei WieseHügel noch nicht angekommen zu sein: Bei Günther Jauch bekam WieseHügel Sonntagabend die Gelegenheit, zu skandalösen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie etwas zu sagen.

Doch drei Monate vor der [Bundestagswahl](#) tat sich der SPD-Mann schon im Duell mit dem berechenbaren FDP-Mann [Martin Lindner](#) schwer. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hätte WieseHügel wahrscheinlich an die Wand diskutiert.

Jauch gab seiner Sendung den Titel "Lohnsklaven und Menschenschinder – verkommen wir zum Billiglohnland?". Was nach Bangladesch klingt, spielt in den großen deutschen AgrarBundesländern. Der Fernsehjournalist Michael Nieberg drehte eine Dokumentation, die am Montagabend im Ersten läuft.

ARD recherchierte Monate in Fleischindustrie

Das sagten Jauchs Gäste 1/5

Klaus WieseHügel,

Schatten-Arbeitsminister von Peer Steinbrück (SPD):

Natürlich bin ich davon überzeugt,

dass ein Mindestlohn helfen würde. Aber alleine reicht es natürlich

auch nicht, die Bedingungen müssen wir uns auch anschauen.

Mehrere Monate recherchierte er zu den Arbeitsbedingungen vor allem aus Osteuropa angeworbener Arbeiter in der deutschen Fleischindustrie. Aus der Reportage zeigte Jauch schon ein paar Bilder. Arbeiter, die sich zu fünf kleinste Zimmer teilen müssen.

Arbeiter, die mit dem Anstellungsvertrag schon den Aufhebungsvertrag unterschreiben müssen, damit sie von einem Tag auf den nächsten rausgeworfen werden können. Oder Arbeiter, denen Vorgesetzte mit Mord drohen, falls sie sich einen Anwalt suchen. Es handle sich nicht um Einzelfälle, sagte Nieberg über die menschenunwürdigen Bedingungen. "Dieses Problem ist tatsächlich in ganz Deutschland in der Fleischindustrie vorhanden."

Als lebendes Beispiel begleitete Marie Eckl Nieberg zu Jauch. Die aus Tschechien stammende Frau hatte bei einer süddeutschen Fleischfabrik gearbeitet. Angefangen habe sie mit etwa 1500 Euro netto. Dann seien die Löhne bei unveränderter Stundenzahl gesenkt worden. Als sie am Ende bei 800 bis 900 Euro Netto-Monatslohn gelandet wäre, habe sie gekündigt. Immerhin, Eckl fand ein Happy End, sie macht jetzt eine Ausbildung.

Filmemacher: Es gibt völlig entrechtete Menschen

Andere Beschäftigte werden dem Film zufolge in Osteuropa engagiert und über ein Geflecht aus Subunternehmen immer weiter vermietet, bis sie am Ende für zwei oder drei Euro pro Stunde eine Arbeit haben. Leben müssen sie in Wohnanlagen, wo sie dann völlig willkürlich nachts zur Arbeit geweckt werden. "Man findet völlig entrechtete Menschen vor", beschrieb Nieberg seine Erlebnisse.

Ihm selbst wurde der Zutritt zu einer Wohnanlage der Arbeiter von einem Sicherheitsdienst verweigert – wohl gemerkt zu einer Wohnanlage, nicht zu der durch Betriebsinteressen geschützten Fabrik.

Dass es sich hier um ein größeres Problem handelt, beschrieb auch der katholische Prälat Peter Kossen aus der Agrarhochburg Vechta. Die Menschen würden zwar freiwillig zum Arbeiten nach Deutschland kommen. Sie würden aber nie erwarten, dass sie hier so gedemütigt werden. "Deswegen komme ich auf den Begriff Sklaverei."

Wiesehügel fände neue Regierung "schon besser"

Sklaverei im großen Stil und das mitten in Deutschland? Dieser Vorwurf klingt wie eine Steilvorlage für die Arbeiterpartei SPD. Und Wiesehügel ging auch offensichtlich mit dem Ziel in die Sendung, Kapital aus dem angeprangerten Umstand zu schlagen.

"Es ist tatsächlich so, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland nicht in Ordnung ist", sagte er in seinem ersten Statement.

Es gebe große Versäumnisse, die jetzige Bundesregierung habe nichts gemacht. Deshalb wäre es "schon besser, wenn wir eine neue Regierung bekämen". Der letzte Satz allerdings klang dann schon ein bisschen zu platt. Und dummerweise nahm Wiesehügel über den Verlauf der gesamten Sendung nicht mehr den Schwung seiner Eingangsäußerungen auf.

FDP: "Wir sind kein Billiglohnland"

Dabei bot gerade der FDP-Mann Martin Lindner schöne Angriffsflächen. Der beteuerte, "wir sind kein Billiglohnland", und in der Gesamtheit sei der deutsche Arbeitsmarkt in Ordnung. Als in der Sendung dann immer neue Beispiele vorgestellt wurden, tat der FDP-Mann dies als kriminelle Machenschaften ab. "All das, was hier geschildert wurde, ist nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland illegal."

Und als immer noch weitere Beispiele erwähnt wurden, räumte Lindner auch gewisse Möglichkeiten für den Gesetzgeber ein. "Da, wo ein Nachstellbedarf besteht, handeln wir ja auch." Es ist in einer Talkshow meist nicht schön anzuhören. Aber in diesem Fall hätte Wiesehügel einen Streit wie unter Kesselflickern vom Zaun brechen können und wohl auch müssen. Den SPD-Dauerbrenner flächendeckender Mindestlohn hätte er immer wieder einstreuen können. Stattdessen relativierte Wiesehügel ihn – "alleine reicht es natürlich auch nicht, die Bedingungen müssen wir uns auch anschauen".

Der schwarz-gelben Bundesregierung hätte er auch einfach Tatenlosigkeit oder Ignoranz gegenüber den armen Arbeitern vorwerfen können. Vielleicht hätte er sogar den Vorwurf erheben können, dass die kleinen Leute Schwarz-Gelb doch gar nicht interessieren.

Wiesehügel lässt Provokationspotenzial aus

Doch obwohl all dies als Provokationspotenzial in dem Thema steckte, kamen keine solchen oder anderen Kampfeslaute von Wiesehügel. Womöglich lag es daran, dass keine deutschen Arbeiter betroffen sind. Womöglich aber fehlt dem bis auf eine Legislaturperiode im Bundestag von 1998 bis 2002 politikfernen Mann aus dem Schattenkabinett auch die Frechheit für solch ein Scharmützel.

Das mag Charme haben. In diesem Fall führte es aber dazu, dass Wiesehügel nicht nur ziemlich blass blieb. Er erlaubte sich sogar einen kleinen Patzer. Es ging um die Frage, ob die vielen Subunternehmen und die Werkverträge für die Arbeiter nicht vermieden werden und sich so die Arbeitsbedingungen verbessern lassen können.

"Natürlich" könne der Schlachthof einen Arbeiter aus Rumänien oder Bulgarien auch direkt anstellen, behauptete Wiesehügel. Doch umgehend korrigierte ihn da Priester Kossen – wegen der noch bestehenden Beschränkungen für Arbeiter aus Rumänien oder Bulgarien gelte dies erst ab dem ersten Januar nächsten Jahres. Es mag eine Kleinigkeit sein. Peinlich war der Fehler für den in Steinbrücks Kompetenzteam für das Thema Arbeit verantwortlichen Mann aber dennoch.

Besonders dürften sie sich in der SPD darüber ärgern, dass die Sozialdemokraten bei einem ihrer ursprünglichsten Themen keinen stärkeren Eindruck hinterlassen konnten.

SWR 4

24.01.2011

Streit im Arbeitnehmerlager um Hochtief-Übernahme geht weiter

Hochtief-Betriebsratschef bekräftigt Vorwürfe gegen IG-Bau-Chef Wiesehügel. Müller: Wir fühlen uns "brüskiert" und "verraten".

Mainz. Der Streit im Arbeitnehmerlager zwischen dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt im Streit um die geplante Übernahme von Hochtief durch den spanischen Baukonzern ACS geht weiter. Gegenüber dem ARD Politikmagazin REPORT MAINZ erhebt der Konzernbetriebsratschef von Hochtief, Siegfried Müller, erneut schwere Vorwürfe gegen IG-Bau Chef Klaus Wiesehügel. "Wiesehügel hat hinter dem Rücken des Betriebsrats einen Vertrag abgeschlossen als der Betriebsrat noch massiv gegen ACS gekämpft hat. Wir fühlen uns da natürlich brüskiert, wir fühlen uns auch ein wenig verraten", sagte Müller im Interview mit REPORT MAINZ. In dem Vertrag, der Ende 2013 ausläuft, wird unter anderem festgeschrieben, dass der Konzernsitz in Essen verbleiben soll und ACS den Vorstand unterstützen würde, wenn er auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten würde.

Am vergangenen Freitag hatte Wiesehügel das Ende des Streits mit dem Hochtief-Betriebsrat auf einer Pressekonferenz der IG Bau bekannt gegeben. Zuvor gab es ein Krisentreffen, an dem Wiesehügel, Müller und bei der IG-Bau organisierte Hochtief-Betriebsräte beteiligt waren. Darin wurde auch die umstrittene einseitige Vereinbarung zwischen der Gewerkschaft und dem spanischen Angreifer ACS diskutiert.

Nach der Veranstaltung bekräftigte Müller gegenüber REPORT MAINZ seine Kritik: "So lange mir nicht wirklich jemand beweisen kann, dass dies anders ist und ich das wirklich falsch gesehen habe, da werde ich auch bei diesen Aussagen bleiben."

Müller kritisiert erstmals auch, dass Wiesehügel den Vertrag mit dem früheren Staatsminister Hans-Martin Bury ausgehandelt hat. Bury arbeitet für die PR-Agentur Hering Schuppener als Lobbyist und war von ACS unter anderem als Verhandlungsführer beauftragt. Müller spricht von einem "Geschmäckle". Wörtlich erklärt er: "Es ist auf jeden Fall nach außen hin kein gutes Zeichen. Wenn man sich lange kennt, versteht man sich möglicherweise auch gut und dann erzielt man einen Konsens." Wiesehügel bestätigte gegenüber REPORT MAINZ, dass er mit dem Vorstandsvorsitzenden von ACS und Hans-Martin Bury direkt verhandelt habe. Er sei zusammen mit Bury nach Madrid geflogen. Auf die Frage, welche Rolle Bury gespielt habe, sagt er: "Wenn niemand da gewesen wäre, dessen Vertrauen ACS gehabt hätte, wären die Verhandlungen nicht zu Ende gegangen. Das stimmt."

Die Juristen Professor Uwe H. Schneider von der TU Darmstadt und Professor Manfred Löwisch von der Uni Freiburg halten den Vertrag für nichtig. Wörtlich erklärt Schneider gegenüber dem SWR-Magazin: "Ich habe mir den Vertrag angesehen, der ist so viel wert, wie die Niete in der Lotterie, nämlich gar nichts." Auch Löwisch hält den Vertrag für kaum haltbar: "Es ist in wesentlichen Punkten, die rechtlich interessant sind, rechtswidrig und damit nichtig und reduziert sich auf gewisse Absichtserklärungen, aus denen man rechtlich wenig herleiten kann."

Quelle: REPORT MAINZ

Kreiszeitung

27.08.13

SPD-Politiker Ortel kritisiert Grünen-Landwirtschaftsminister Meyer „Schwanz darf nicht mit dem Hund wedeln“

Wüstring - Von Jan Schmidt Der Großteil der Landwirte aus der Region lehnt die Politik des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Christian Meyer (Grüne) ab. Das wurde gestern während einer öffentlichen Gesprächsrunde im Festzelt der LandTageNord-Messe in Wüstring deutlich. Überraschend übte auch Holger Ortel, Bundestagsabgeordneter der SPD, Kritik an dem grünen Minister.

Während der Podiumsdiskussion im Festzelt der LandTageNord-Messe überraschte der SPD-Bundestagsabgeordnete Holger Ortel (ganz links) gestern mit Kritik gegen den niedersächsischen Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne).

„Wenn ich von manchen Aktionen Meyers höre, schrillen bei mir die Alarmglocken“, sagte Ortel und bekräftigte, dass die SPD als Koalitionspartner der Grünen in Niedersachsen auf der Hut sein müsse. „Der Schwanz darf nicht mit dem Hund wedeln. Man sollte den Minister an die Richtlinienkompetenz erinnern.“ Bei manchen Themen sei der Bogen überspannt.

Zuvor hatten schon die anderen Diskussionsteilnehmer – Franz-Josef Holzenkamp, Bundestagsabgeordneter der CDU, Heinz Korte, Vizepräsident des Landvolkes Niedersachsen, Gert Stuke, Präsident der Industrie- und Handelskammer Niedersachsen, Achim Kassow, Vorstandsvorsitzender der Oldenburgischen Landesbank (OLB), und Peter Kuhlmann-Warining, Vorstand der Volksbank Dammer Berge – deutlich darauf hingewiesen, was es an Meyers Politik auszusetzen gebe. „Uns stört die Panikmache, das ständige Ankündigen von irgendwelchen Erlassen“, erläuterte Landvolk-Vertreter Korte.

IHK-Präsident Stuke warf Meyer Populismus vor. „Wir müssen zurück zur Realität“, sagte er. Statt Ängste zu schüren und Verbote anzudrohen, sei es sinnvoller, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. „Gerade was das Thema Tierschutz betrifft, sind die Landwirte bereit für Veränderungen. Aber mit Auflagen, die sich alleine gegen die Erzeugerseite richten, kommt man nicht weiter. Wenn, dann muss auch der Handel mit einbezogen werden“, so Korte.

OLB-Vertreter Kassow sprach von einer „aus dem Bauch heraus geführten Diskussion“ der Regierung. Er Sorge sich um die Rechtssicherheit, Planungssicherheit und Investitionssicherheit seiner Kunden aus der Landwirtschaft. Die Politik des grünen Ministers wirke auf ihn wie der Versuch, „drei Punkte schnell in die Luft zu schmeißen, damit das Wahlvolk das Gefühl hat, es passiert etwas“. Der agrarpolitische Alleingang der Landesregierung bewege sich in die gleiche Richtung wie die überhastete Energiewende. „Eine Erinnerung an die Richtlinienkompetenz ist schön und gut – Herr Meyer muss sich dann aber auch wirklich daran halten“, betonte Kassow.

Ortel entgegnete, man dürfe nicht nur über den Minister, sondern auch mit ihm reden.

Dies sei gar nicht so einfach, berichtete Korte. Als es nach langem vergeblichem Bemühen endlich zu einem Treffen gekommen sei, habe Meyer Aussagen getätigt, die für die Landwirte „wie ein Stich ins Herz“ wirkten. „Durch Verbote und Vorschriften wird der Verdrängungswettbewerb nur verschärft“, so Korte.

CDU-Mann Holzenkamp holte zum Seitenhieb auf die SPD aus: Den ländlichen Raum hätten die Sozialdemokraten in Niedersachsen komplett an die Grünen abgetreten. Ortel antwortete ausweichend: „Die Grünen haben ihre Wähler doch aus dem Klientel der CDU bekommen.“ Generell sehe er die Politik von CDU und SPD im Bereich der Landwirtschaft nicht weit auseinander. „Die grobe Richtung stimmt überein.“ Man wolle die Intensivhaltung nicht zurückdrehen, sondern eher noch ausbauen – „wenn auch nicht in dieser Region“, so Ortel. Wichtig sei, dass bei diesem Vorhaben auch die Bevölkerung mitgenommen werde. „Sonst gibt es weitere Bürgeraufstände wie zuletzt in Wietze.“ (Dort produziert einer der größten Geflügelschlachthöfe Europas, Anm. d. Red.).

Ortel, der in Berlin Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist, sagte ebenfalls, die Kommunen sollten seiner Ansicht nach die Genehmigungen von Stallbauten nicht unnötig blockieren. Das Publikum applaudierte.

Leserbrief zum Artikel „Schwanz darf nicht mit dem Hund wedeln“ in Kreiszeitung vom 27.8.2013

Gestriger SPD-Ortel

Die neuerliche Anbiederei des Noch-SPD-Bundestagsabgeordneten Holger Ortel bei Agrarindustrie und Bauernverbands-Spitze erhöht die Genugtuung darüber, dass dieser Agrarpolitiker die SPD in Zukunft nicht mehr vertreten wird. Er stammt offenbar noch aus der Zeit, als die SPD in Sachen Landwirtschaft kaum mehr zu bieten hatte als die Nachbeterei von CDU-Inhalten und Karl-Heinz-Funke-Zitaten. Mittlerweile hat nicht nur die CDU im Bundesbaugesetzbuch den Gemeinden die Möglichkeit der Verhinderung gewerblicher Agrarfabriken geöffnet und im Niedersächsischen Tierschutzplan deutliche Fristen zur Abschaffung der größten Tierhaltungsmisstände verankert – mittlerweile haben auch große Teile der SPD den Anschluss an die gesellschaftliche Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ vollzogen. Dies drückt sich auch aus in der niedersächsischen Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen sowie der Berufung des grünen Agrarministers Christian Meyer durch Ministerpräsident Weil. Mag ja sein, dass Herr Ortel künftig noch bei irgendwelchen Landvolk-Veranstaltungen auftreten darf, um sich dort abermals von CDUlern wie Herrn Holzenkamp vorführen zu lassen – irgendeine Relevanz wird das aber nicht mehr

haben. Und das ist gut so. Möge seine SPD-Nachfolgerin aus negativem Beispiel lernen...
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Varendorf, 0151-11201634

TOP AGRAR ONLINE

Wehner: SPD steht für wettbewerbsorientierte Landwirtschaft

03.09.2013, von Alfons Deter



Thorsten Wehner Die SPD steht für eine wettbewerbsorientierte Land- und Ernährungswirtschaft, die die moderne Tierschutz- und Umweltstandards berücksichtigt. Das haben SPD-Agrarsprecher Dr. Wilhelm Priesmeier und sein rheinland-pfälzischer Kollege Thorsten Wehner vergangene Woche in Würzburg bekräftigt.

Eine nachhaltige Landbewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung, die unternehmerisch ausgerichtet sei und über eine reine klientelbezogene Sektorpolitik hinausgehe, komme der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen zugute, erklärten die SPD-Politiker.

Ziel der Agrarreform sei die stärkere Umsetzung des Grundprinzips „öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Je besser dieses Ziel umgesetzt werde, desto besser könne auch eine höhere Legitimation für die unbestritten notwendigen Ausgaben bei der Agrarpolitik in Zeiten knapper öffentlicher Kassen erreicht werden, so Priesmeier und Wehner. Bundesweit müsse endlich die Einführung einer einheitlichen Basisprämie umgesetzt werden. Die ungleiche Prämienverteilung zwischen den Ländern sei heute nicht mehr zu begründen und müsse schrittweise bis 2019 abgebaut werden.

Umschichtung schrittweise angehen

Skeptisch beurteilen Priesmeier und Wehner die Option einer zusätzlichen Prämie für die ersten Hektare. Damit werde der fortdauernde Strukturwandel in der Landwirtschaft in keiner Weise verändert oder aufgehalten. Eine Umschichtung von 15 % der Direktzahlungen in die Zweite Säule sei schrittweise und zielgerichtet anzugehen. Sinnvoll seien neben der Investition in Umweltmaßnahmen vor allem auch Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. In Rheinland-Pfalz könnten hierbei laut Wehner beispielsweise Unterstützungen zur Verbesserung der regionalen Schweinehaltung und regionalen Vermarktung von Schweinefleisch angedacht werden.

Eine Absage erteilen die SPD-Agrarier erneut verpflichtenden mengenbegrenzenden Restriktionen auf dem Milchmarkt. Eine „Milchquote light“ sei nicht zeitgemäß. Ein Krisenmanagement für den Milchmarkt müsse auch funktionieren und administrierbar sein. Klar sei außerdem, dass für große Teile der Land- und Ernährungswirtschaft der Agrarexport auch in Zukunft unverzichtbar sei und zu Einkommen und Beschäftigung in der Landwirtschaft

beitrage. Deutschland sei selbstverständlicher Teil des europäischen und des internationalen Marktes. (AgE/ad)

Unabhängige Bauernstimme September 2013

Altes plus neues Landgrabbing in Ostdeutschland ? Bauernhöfe statt Agrarfabriken - statt Kampagnen gegen „außer- landwirtschaftliche Investoren“ zur Verteidigung von LPG-Nachfolge-Pfründen

Landgrabbing im Süden und in Osteuropa, die Vertreibung von Bauern auf großen Agrarflächen durch Konzerne und Staaten - dies wird zu Recht von NGOs, Medien, Kirchen und auch Politikern angeprangert. Neuerdings ist auch das „Landgrabbing“ in Ostdeutschland durch „außerlandwirtschaftliche Investoren“ ein Thema. Verschwiegen wird dabei leider das um Dimensionen größere Landgrabbing, bei dem Politiker den Großteil ehemaliger DDR-Agrarflächen an Ex-LPG-Kader in LPG-Nachfolgebetrieben verteilen. Seit der Wende wird dies betrieben durch eine Allianz von Bundesregierung und BVVG, Ost-Landesregierungen, Behörden, Bauern- und Raiffeisenverband - schöngeredet und gedeckt durch Parteien, Kirchen und auch NGOs. Die neue Aufregung über das Landgrabbing durch Agrarkonzerne wie die KTG Agrar dient dazu, die alten Pfründen der zumeist agrarindustriellen LPG-Nachfolger vor neuen agrarindustriellen Konkurrenten zu schützen und ihnen weiterhin ihr Monopol auf kostengünstige Pachten und Landkäufe und Milliarden-Subventionen zu bewahren. Eine Bewegung gegen ostdeutsches Landgrabbing muss sich gegen alte und neue Landgrabber wenden und den Aufbau bäuerlicher Strukturen zum Ziel haben.

Pachtmonopole und Bodenschnäppchen

Der ostdeutsche AbL-Sprecher Jörg Gerke hat in seinem Buch „Nehmt und Euch wird gegeben“ und vielen Artikeln das „alte Landgrabbing“ eindrucksvoll beschrieben: Zur Zeit des Einigungsvertrages bestand die ostdeutsche Landwirtschaftsfläche aus drei Flächenpools:

1. Privatflächen, breit verteilt, etwa 40%,
2. Flächen in Eigentum/Verwaltung des Bundes (Treuhand, ab 1992 BVVG), ca. 35%,
3. Flächen im Eigentum der Länder und Kommunen, ca. 25%

Die Flächen in öffentlicher Hand waren der Nachlass aus DDR-Enteignungswellen, die durch die Bodenreform strategisch vorbereitet worden waren. Diese Flächen wurden nun unter dem Lobby-Einfluss von LPG-Nachfolgern, Ost-Politikern und großlandwirtschafts-besessenen West-Politikern gezielt an die umfirmierten LPG-Nachfolge-Unternehmen verpachtet. Wiedergründungswillige Bauern konnten deshalb keine Höfe gründen oder bestenfalls Nebenerwerbsbetriebe. Der Deutsche Bauernverband, in dem die Funktionäre des ostdeutschen VdgB-„Bauernverbands“ eine maßgebliche Rolle spielen, betätigte sich als Lobbyist dieses Polit-LPG-Nachfolge-Landgrabblings. So konnten LPG-Nachfolger, die „ihre“ Agrarunternehmen schon auf Kosten von LPG-Beschäftigten und ehemaligen Landeigentümern an sich gebracht hatten, das Land billig weiterpachten – und sogar zu Spottpreisen Land kaufen.

Alte gegen neue Landgrabber

Alle diese Regelungen führen dazu, dass sich neben den LPG-Nachfolgern auch andere Agrarkonzerne im Osten breitmachen: Die politisch geschaffenen Großbetriebe sind für Investoren

einmalig interessant. Ins Rentenalter gekommene LPG-Nachfolger möchten ihre einst günstig erworbenen Anteile und Flächen nun mit Millionengewinn verkaufen – und freuen sich über die preistreibende Konkurrenz der neuen Investoren. Viele Inhaber großer Agrar-GmbHs bzw. Pseudo-„Agrargenossenschaften“ verkaufen nun ihre Unternehmen oder Anteile an außerlandwirtschaftliche Investoren - für deren Aufbau von Landbau-Konzernen, Biogas-Imperien und Mega-Tierfabriken.

Bei der Ausschreibung der letzten 400.000 Hektar in öffentlichem Besitz setzt die BVVG jetzt nach einer Vorgabe der EU wirklich Marktpreise an und nicht mehr die alten Spottpreise. Dagegen mobilisiert die LPG-Nachfolgelobby die Politik und die Medien mit dem Schreckgespenst von den „neuen Landgrabbern“ oder „außerlandwirtschaftlichen Investoren“.

LPG-Nachfolge-Lobbyisten Merkel/Steinmeier

Die Medien, die sich im Osten wegen alter Verfilzungen nicht mit dem Thema des LPG-Nachfolge-Unrechts befassen und die im Westen oft der Bauernverbands-Propaganda von den „genossenschaftlichen Mehrfamilienbetrieben“ aufsitzen, fahren voll auf dieses Landgrabbing durch Agrarkonzerne ab. Die Flächen-Übertragung an die LPG-Nachfolger durch die Politik findet dabei auch weiterhin kaum Beachtung.

Kanzlerin Merkel warnte beim „Bauerntag“ des Deutschen Bauernverbands denn auch vor einer Übernahme der LPG-Nachfolgebetriebe durch ein „Landgrabbing“ außerlandwirtschaftlicher Investoren. Steinmeier bediente den in der SPD starken Ost-Agrarindustrie-Flügel, indem er den „großen Agrarbetrieben Ostdeutschlands“ eine wichtige Rolle als Arbeitgeber und Bewahrer des ländlichen Raums andichtete. Unter dem Druck der LPG-Nachfolge-Lobby werden vom Bund jetzt Studien des Thünen-Instituts zu den „außerlandwirtschaftlichen Investoren“ veranlasst.

Alte und neue Agrarkonzerne

Demnach sind die Agrargesellschaften in den neuen Ländern je nach Region zu 20 bis 50% in der Hand nichtlandwirtschaftlicher Investoren. Aber auch viele LPG-Nachfolgebetriebe sind demnach „hochgradig auf wenige Personen konzentriert“, auch „unterstützt durch staatliche Regelungen (z.B. Altschuldenregelung, Flächenprivatisierung, Vermögensauseinandersetzung)“, „einzelne ortsansässige Personen“ verfügten inzwischen über „sehr große Vermögensanteile“. „Der vor allem in Mecklenburg-Vorpommern geäußerten Befürchtung einer Rückkehr zu Strukturen, die sich dem Großgrundbesitz im 19. Jahrhundert annähern“, könne man – so die Autoren der Studie – „nicht gänzlich widersprechen“.

Als bekannt gewordene Beispiele für große außerlandwirtschaftliche Agrarinvestoren listete eine frühere Studie des Thünen-Instituts auf: den Möbelkonzern Steinhoff mit 20.000 ha, die JLW Holding (Lindhorst-Gruppe) mit 24.000 ha, die KTG Agrar mit 28.000 ha, die Tonkens Agrar mit 3.000 ha, die Südzucker mit 10.000 ha in Deutschland und 7.000 ha im Ausland, die „Wimex“ mit 7.000 ha, die Osterhuber Agrar mit 7.000 ha und 24.000 Rindern, den Ex-Fleischmanager Rodo Schneider mit 6.200 ha, die Rethmann-Gruppe mit 6.500 ha, die Fiege-Gruppe mit 4000 ha und 5.500 Rindern und die AgroEnergy AG mit 4.150 ha. In letzter Zeit sind auch die „Mac Agrar GmbH“ des hessischen Ex-Landhandels Roth oder die L.S.G.GmbH des ostholsteinischen Gutsbesitzers und Ex-Bankers Christian Heine ins Blickfeld geraten, ebenso offene oder heimliche Übernahme-Strategien großer LPG-Nachfolgebetriebe gegenüber benachbarten Agrarbetrieben. Die Thünen-Studie berichtet aber auch über eine „Agrargenossenschaft“ mit 3 Führungskräften und mittlerweile mehr als 15.000 Hektar, die seit 2003 zwei Agrargenossenschaften und zehn GmbHs im Umkreis von 110 km übernommen hat. Die Übernahme eines „erheblichen Pakets von Geschäftsanteilen“ der vorpommerschen Ducherower Agrar GmbH durch den Heizungs- und Biogas-Industriellen Martin Viessmann wurde laut „Spiegel“ offenbar eingefädelt worden durch den GmbH-Geschäftsführer Eckhard

Schröderl - laut „Spiegel“ zu DDR-Zeiten LPG-Leiter und SED-Parteisekretär, der die „Landwirtschaftliche Produktions-Genossenschaft“ (LPG) nach der Wende „schnell und clever in Privateigentum überführt“ habe und dessen „Agrar GmbH“ nunmehr über drei Gesellschaften bürgerlichen Rechts throne, mit 6 „ehemaligen LPG-Genossen“ und rund 5.000 Hektar.

Bauernhöfe statt Agrarfabriken!

Alte quasi-feudale „rote Junker“ als LPG-Nachfolger oder finanzkapitalistische Investoren - das ist keine Alternative. Gefordert ist ein Ende der Stützung von alten und neuen Agrarindustrie-Konzernen und der Aufbau bäuerlicher Strukturen – bei der Vergabe von Flächen, durch die Kappung von Flächenprämien oberhalb von 150.000 Euro pro Betrieb und durch gezielte Förderung von Arbeit und ökosozialen Leistungen auf Bauernhöfen. Gerade die ostdeutschen Dörfer brauchen keine regions-schädliche Agrarindustrie in welcher Form auch immer, sondern vielfältige bäuerliche und mittelständische Strukturen mit vielen sinnvollen Arbeitsplätzen.

Eckehard Niemann